

Governance/Administration-Corner

Studie: Banken bewerten Corporate Governance

Immerhin 79% der Kreditinstitute bewerten die Einhaltung gesetzlicher und selbstverpflichtender Vorschriften (Corporate Governance) als bedeutendes Instrument zur Disziplinierung des hauseigenen Bankmanagements. Als wichtigste Gründe werden neben dem Schutz eigener Mitarbeiter (87%), die Risikominimierung (83%) und der Reputationsschutz (83%) genannt. In der praktischen Umsetzung besteht noch Verbesserungsbedarf. So wird die Compliance-Lagebewertung künftig noch fundierter sein müssen als heute üblich. Das ist das Ergebnis des Managementkompasses „Corporate Governance“ von Steria Mummert Consulting, der auf einer Online-Befragung von 350 Fach- und Führungskräfte großer und mittelständischer Unternehmen (ab 100 Mitarbeiter) verschiedener Branchen im Juli 2011 basiert.

Studie: Patentanmelder an Hochschulen bewerten neue Gesetzgebung

Die Erzeugung von neuem Wissen, Erfindungen und Innovationen und deren Umsetzung in neue Produkte und Verfahren sind zentral für die Wettbewerbsfähigkeit hoch industrialisierter Wissensgesellschaften. Vor diesem Hintergrund hat die kommerzielle Verwertung von innovativer Hochschulforschung an wirtschaftspolitischer Bedeutung gewonnen und zur Novellierung neuer hochschulrechtlicher Bestimmungen und staatlicher Maßnahmen geführt, die den Transfer von Forschung und Entwicklung aus Hochschulen in die Privatwirtschaft befördern sollen. 2002 wurde deshalb das Arbeitnehmererfindergesetz (§ 42 ArbNErfG) geändert. 2002 startete das BMBF begleitend zur neuen Gesetzgebung die sogenannte Verwertungsoffensive. Mit der Implementierung eines neuen Wissenschaftsmanagements zur Förderung von Patentanmeldung und -verwertung stellt sich die Frage, ob die vom BMBF ergriffenen Maßnahmen das Innovationsverhalten von Erfindern an deutschen Hochschulen beeinflusst haben. Dieser Frage geht eine 2009/2010 durchgeführte komparative Untersuchung und empirische Erhebung unter Patentanmeldern aus öffentlichen Hochschulen in drei Bundesländern nach (Grimm und Jänicke 2010). Als zentrale Untersuchungseinheit wurden Patentanmelder aus Hochschulen ausgewählt, um die Auswirkungen von gesetzlichen Änderungen und neuer *Public Policy* auf das Patentierungs- und Verwertungsverhalten dieser innovativen Gruppe zu untersuchen. Insgesamt wurden 252 standardisierte Fragebögen an Patentanmelder aus Hochschuleinrichtungen in Thüringen, Sachsen und Bayern verschickt, die 2005 erfolgreich ein Patent angemeldet haben. Die Studie bewertet das Innovationspotenzial an den befragten öffentlichen Hochschulen als verhältnismäßig hoch. Innovationen dienen an Hochschulen der Förderung von neuem Wissen in den jeweiligen Fachgebieten. Die Idee, eine Innovation zu entwickeln, um sie im Rahmen einer Ausgründung zu vermarkten, scheint nicht weit verbreitet zu sein. Die Befragten anerkannten die neue Gesetzgebung, sahen jedoch noch

Spielraum für Verbesserungen, was die Patentverwertung und die Kontextvariablen für Erfinder an Hochschulen und innerhalb ihrer Region anbelangte. Eine weitere Verbesserung der administrativ-organisatorischen und regionalen Rahmenbedingungen für Hochschulinnovatoren, finanzielle Förderkonzepte für die Weiterentwicklung von Patenten aus Hochschulen bis zur Marktreife, eine Professionalisierung des Wissenschaftsmanagements und eine größere Anerkennung für akademische schöpferische Leistung sind nach Meinung der Mehrheit der Befragten unabdingbar, um *Academic Entrepreneurship* an deutschen Hochschulen nachhaltig zu fördern. Einerseits begrüßten Hochschulerfinder die Änderung des ArbNErfG, da sie die mit der Eintragung eines Patents verbundenen Kosten und die entsprechenden finanziellen Risiken kaum übernehmen würden. Andererseits wurde die Patentrechtsreform von Befragten auch kritisch bewertet. Es wurde betont, dass die dem Erfinder zustehende Beteiligung von 30% an den Bruttoeinnahmen aus der Verwertung der im Eigentum der Hochschule befindlichen Erfindung keinen wirtschaftlichen Anreiz darstellen würde.

Weiterführende Literatur: Grimm, H.M., Jänicke, J. (2010). What drives patenting and commercialization activity at East German universities? The role of new public policy, institutional environment and individual prior knowledge. *Journal of Technology Transfer*, Online First, 2 October 2010.

Treffen: African Good Governance Networks

Der Zusammenhang von guter Regierungsführung und Entwicklung war das Thema des Jahrestreffens des African Good Governance Networks (AGGN) im November 2011 in Addis Abeba (Äthiopien). 30 Mitglieder des Netzwerks aus 15 Staaten des Kontinents wurden vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) eingeladen, um Fragen der afrikanischen Entwicklung zu diskutieren. Zum Netzwerk gehören hochqualifizierte junge Afrikanerinnen und Afrikaner, die in Deutschland studieren oder studiert haben. Das Jahrestreffen, das zum zweiten Mal nach 2009 in Afrika stattfand, gab den in ihre Heimat zurückgekehrten Alumni die Gelegenheit, ihre Kontakte zum Netzwerk und zu Deutschland zu festigen. Das AGGN wurde 2007 unter der Schirmherrschaft des damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler vom DAAD ins Leben gerufen. Durch das Netzwerk möchte der DAAD mit Mitteln des BMZ einen Beitrag zur Ausweitung und Vertiefung der akademischen Zusammenarbeit zwischen Afrika und Deutschland leisten und zukünftige Führungskräfte in Afrika im Bereich guter Regierungsführung fördern. Jedes Jahr werden zehn neue Mitglieder ausgewählt. Das Netzwerk umfasst mittlerweile 50 Afrikanerinnen und Afrikaner aus 18 Staaten. Weitere Informationen zum AGGN sind unter <http://www.daad.de/aggn> und <http://www.aggn.org> verfügbar.

Heike Grimm, Uni-Erfurt, Erfurt, Germany
heike.grimm@uni-erfurt.de